

KomMaileon

Ausgabe MAI 2006

Kommunale Nachrichten aus der Bertelsmann Stiftung

Editorial

Seite 1

Projektnachrichten

Kommunale Finanzen

- 2 Gemeindefinanzreform – Position der Bertelsmann-Stiftung

Demographischer Wandel

- 4 „Demographietraining“ bringt frischen Wind in die Ratsarbeit

Bildung

- 5 Eltern wünschen sich Kooperation. Ergebnisse einer Elternbefragung zum Übergang Kita-Grundschule

- 6 Kita-Preis-2006: Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien

- 6 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken

Regionale Steuerung

- 7 Studie Regionalisierungsprozesse in Europa und was Deutschland davon lernen kann

News & Links

8

Publikationen und Veranstaltungen

- 10 Neuaufgabe des Infoheftes Bürgerstiftungen ist erschienen



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Forderung nach einer umfassenden Reform der Gemeindefinanzen steht schon seit Jahren auf der (kommunal-) politischen Tagesordnung weit oben. Insbesondere die Gewerbesteuer muss dringend reformiert werden. In ihrer heutigen Form gewährleistet sie weder die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft noch eine konjunkturunabhängige Finanzierung kommunaler Aufgaben.

Soweit herrscht Konsens in der öffentlichen Debatte. Der spannende Aspekt, an dem sich die Geister scheiden, ist die Frage, durch welche kommunale Einnahmequelle man die Gewerbesteuer ersetzen kann. Anlässlich der für 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform gewinnt diese Frage erneut erheblich an Brisanz.

Die Bertelsmann Stiftung hat vor diesem Hintergrund den bisher einzigen in sich finanzierten Reformvorschlag für die Gewerbesteuer vorgelegt. Er umfasst im Wesentlichen drei Bausteine:

Durch die Abschaffung von Umlagen und Anrechnungen zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalebene wird das Steuersystem entflochten. Dies ermöglicht eine aufkommensneutrale Senkung der Gewerbesteuerhebesätze um über 100 Prozentpunkte.

An die Stelle der Gewerbesteuer tritt eine kommunale Wirtschaftssteuer mit verbreiterter Bemessungsgrund-

Silke Aulage

| BertelsmannStiftung_1

Mehr Steuergerechtigkeit durch die Verbreiterung des Kreises der Steuerpflichtigen

Die gegenwärtige Gewerbesteuer wird nur von sehr wenigen Unternehmen gezahlt. Um mehr Steuergerechtigkeit herbeizuführen, schlägt die Bertelsmann Stiftung vor, den Kreis der Steuerpflichtigen künftig auf alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen zu erweitern. Kleinunternehmen sollten durch Freibeträge ausgenommen werden. Alle Unternehmen, die die kommunale Infrastruktur in Anspruch nehmen, leisten somit auch einen Beitrag an ihrer Finanzierung. Zudem werden durch diese Erweiterung die bisher steuerpflichtigen Unternehmen deutlich entlastet, ohne dass für die Kommunen Einnahmeverluste entstehen.

Wirtschaftssteuer und Grundsteuer

Der Vorschlag der Bertelsmann Stiftung entlastet die Unternehmen nominell durch den Wegfall von Umbuchungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Er verringert den Steueraufwand der bisher steuerpflichtigen Unternehmen auch effektiv sowohl durch die Verbreiterung des Kreises der Steuerpflichtigen als auch z.T. durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Um eine weitere reale Entlastung der Unternehmen zu realisieren, ist die Bertelsmann Stiftung der Auffassung, dass eine Verschiebung der Belastung von der international vergleichsweise hohen Unternehmenssteuer zur im internationalen Vergleich niedrigen Grundsteuer unerlässlich ist. Die Grundsteuer sollte zu diesem Zweck der wirklichen Wertsteigerung von Grundstücken durch kommunale Infrastrukturleistungen angepasst werden.

Kommunen und Wirtschaft – ein wirklich starkes Team!

Merkmale des Modells der Bertelsmann Stiftung:

- Der Körperschaftsteuersatz kann aufkommensneutral gesenkt werden. Ebenso können Hebesatz und/oder der Messbetrag der kommunalen Wirtschaftssteuer aufkommensneutral gesenkt werden.
- Das Steuersystem wird deutlich transparenter und damit vertretbarer.
- Steuerpflicht und Nutzen durch die Steuerleistungen entsprechen einander mehr als bisher
- Steuerschlupflöcher und Anreize zur Steuergestaltung werden minimiert.

- Die kommunalen Einnahmen sind weniger konjunkturabhängig und damit planbarer.

Das Modell ist zukunfts- und gemeinwohlorientiert, da es von der Interessenlage der Bürger und Unternehmen insgesamt ausgeht. Durch Transparenz stärkt es die Verantwortlichkeit der Kommunen wie auch die Reaktionsmöglichkeiten der Bürger.

Kontakt:

Dr. Kirsten Witte, 05241 81-81030
kirsten.witte@bertelsmann.de

Gunter Tebbe, 05241 81-81466
gunter.tebbe@bertelsmann.de



„Demographie-Training“ bringt frischen Wind in die Ratsarbeit

Die Bertelsmann Stiftung startet ein Schulungsprojekt für Politik und Verwaltung

Die Bertelsmann Stiftung hat ein groß angelegtes Schulungsprojekt für kommunale Entscheider begonnen, das sich mit Fragen zum Demographischen Wandel auseinandersetzt. Ab Sommer 2006 werden die Demographie-Trainings in Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und im Saarland angeboten. Kooperationspartner sind die Akademie für Kommunalpolitik und die Hessische Akademie für poli-

tische Bildung in Wiesbaden. Weitere Bundesländer sollen 2007 folgen. Das erste Training fand im März mit rund 40 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung im Landkreis Holzminden statt. Wer in Zeiten der Schrumpfung eine vielfältige Infrastruktur aufrechterhalten will, muss kooperieren, lautet die zentrale Botschaft an die Teilnehmer.

Die Demographie-Trainings bestehen aus den drei Modulen „Sensibilisierung“, „Handlungskonzepte“ und „Strategisches Management“, die unabhängig voneinander gebucht werden können. Sie sollen dazu beitragen, dass regionale Daten und Prognosen in den Rathäusern genutzt und Handlungsempfehlungen umgesetzt werden. Passend dazu zeigt der Online-Wegweiser der Bertelsmann Stiftung zum Demographischen Wandel den Teilnehmern anhand ihrer eigenen Kommune, wie sich die Bevölkerungsstruktur in den nächsten Jahrzehnten verändern wird und welche Folgen das mit sich bringt (www.aktion2050.de/wegweiser). Er enthält eine Fülle von Informationen für alle deutschen Kommunen mit über 5 000 Einwohnern.

Schrumpfungprozesse erzwingen völlig neue Methoden und Konzepte, die mehr denn je auf langfristigen Erfolg ausgerichtet sein müssen. Eine gute Chance, längst überfällige innovative Prozesse in die Kommunalpolitik einzubringen, die Kommunikationskultur zu erneuern und sich für ein lebendiges und kreatives Gemeinwesen mit engagierten Bürgern einzusetzen. Das Demographie-Training gibt vielfältige Anregungen dafür. Am Beispiel relevanter Themen werden die Teilnehmer dazu ermutigt, strategisches Management einzuführen, neue Methoden für eine effektivere Ratsarbeit einzusetzen und sich für Kooperationen zu öffnen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de/kommunen

Anmeldungen zu den Seminaren unter www.afk-akademie.de oder www.hess-akademie.de

Kontakt:

Andreas Mittrowann, 05241 81-81192
andreas.mittrowann@bertelsmann.de



Eltern wünschen sich Kooperation

Ergebnisse einer Elternbefragung zum Übergang Kita – Grundschule

Kindertageseinrichtungen und Schulen sollten eng zusammenarbeiten. Das wünschen sich 90 Prozent der Mütter und Väter, die im Auftrag des Projektes „Kind & Ko“ befragt wurden. In telefonischen Interviews gaben insgesamt 1700 Eltern aus Chemnitz und Paderborn Auskunft, wie sie den Wechsel ihres Kindes von der Kindertageseinrichtung in die Schule erlebt haben. Wie gut wurden sie beraten? Wie beurteilen sie die Kooperation von Kindergarten und Grundschule? Die Befragung ist ein wichtiger Bestandteil des Modellprojekts von Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und den Städten Paderborn und Chemnitz.

Die Ergebnisse wurden jetzt in den beiden Kommunen vorgestellt. Sie bilden die Grundlage für einen kommunalen Abstimmungsprozess, in dem es darum geht, Handlungsempfehlungen und verbindliche Strukturen für Kindertageseinrichtungen, Schulen und viele weitere Akteure in der Kommune zu entwickeln.

Kind & Ko hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungschancen von Kindern zu verbessern. Um Kinder in den ersten acht Lebensjahren mit ihren Familien besser zu unterstützen, ist eine enge Kooperation aller „Profis“ in einer Kommune unerlässlich, von der Hebamme bis zur Grundschullehrerin.

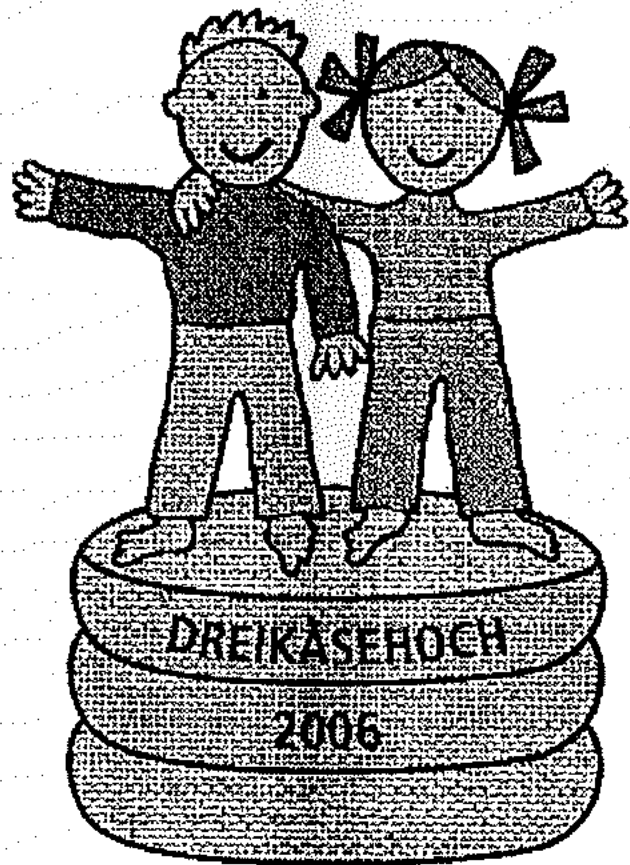
Das Projekt möchte Impulse geben, wie Städte und Gemeinden bedarfsorientierte Ziele und abgestimmte Handlungsweisen entwickeln können.

Mehr Informationen unter:
www.kinder-frueher-foerdern.de

Kontakt:

Kathrin Bock-Famulla, 05241 81-81173
kathrin.heck-famulla@bertelsmann.de

Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien



Seit dem 2. Mai 2006 läuft die Ausschreibung zum KiTa-Preis 2006. Diese richtet sich besonders an Kitas, in deren Kindergruppen auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind.

Soziale Benachteiligung ist mehr als materielle Armut. Sie kann sich ausdrücken in einer Unterversorgung der Kinder hinsichtlich gesundheitlicher Belange, Bildung, Wohnen und/oder gesellschaftlicher Teilhabe.

Damit steht bei dem diesjährigen KiTa-Preis die Verbesserung der Lebens- und Bildungssituation der Kinder im Vordergrund. Der Kita als erster Bildungsinstitution eines Kindes kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Bis zum 28. Juli 2006 können sich alle Kindertageseinrichtungen bei der Bertelsmann Stiftung bewerben, die mit ihrem Konzept den Fragen und Bedürfnissen sozial benachteiligter Kinder und Familien auf besondere Weise gerecht werden.

Die eingehenden Bewerbungen werden in einem mehrstufigen Auswahlverfahren bewertet. Eine Spitzengruppe wird

im September 2006 begutachtet. Ausführliche Informationen finden Sie in den Bewerbungsunterlagen. Sie stehen als Download unter www.kinder-frueher-foerdern.de zur Verfügung oder können unter 05241 81-81176 angefordert werden.

Kontakt:

Angelina Ribeiro, 05241 81-81126
angelina.ribeiro@bertelsmann.de



Staatssekretär Prof. Dr. phil. Joachim Hofmann-Göttig, Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz Mainz

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken

Vertreter aus Schul- und Jugendministerien treffen sich in Gütersloh

Auf Einladung der Bertelsmann Stiftung trafen sich zwei Tage lang über 40 Vertreter aus den Schul- und Jugendministerien der Länder sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum zweiten Forum Kindheit und Jugend. Im Zentrum des Fachaustausches standen innovative Handlungsstrategien, mittels derer Kinder und Jugendliche stärker an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt werden können.

„Wenn wir möchten, dass unsere Kinder und Jugendlichen aktive, engagierte und politisch denkende Menschen werden, dann müssen wir auch die Basis dafür schaffen, und